



Antrag

der Fraktion des SSW

Lehren aus der Causa Northvolt: Umfassender „Lessons-Learned“-Bericht der Landesregierung unter Einbeziehung der Erkenntnisse des Sonderberichtes des Landesrechnungshofs

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag einen umfassenden schriftlichen „Lessons-Learned“-Bericht zum Förder- und Entscheidungsprozess im Zusammenhang mit der geplanten und letztlich gescheiterten Ansiedlung des Unternehmens Northvolt in Heide vorzulegen.

Der Bericht soll insbesondere darlegen, welche strukturellen, prozeduralen und kommunikativen Versäumnisse im Zusammenhang mit der Förderentscheidung gemacht wurden, welche Herausforderungen und Defizite bei der Weitergabe parlamentarisch relevanter Entscheidungsgrundlagen, etwa des PwC-Gutachtens oder des Reliance Letters, bestanden und welche Schritte künftig unternommen werden sollen, um vergleichbare herausfordernde Einschätzungen bei Bürgschaften und Großinvestitionen zu vermeiden. Dabei sind die Feststellungen des Sonderberichtes nach § 88 Absatz 5 LHO des Landesrechnungshofs zur Prüfung der Absicherung der Wandelanleihe der Northvolt AB durch das Land Schleswig-Holstein (Umdruck 20/6523) vollumfänglich zu berücksichtigen und in die selbstreflektierende Analyse einzubeziehen.

Der Bericht soll konkrete Kriterien benennen, nach denen das Land Schleswig-Holstein künftig strategische Förderentscheidungen vorbereitet, insbesondere in Hinblick auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit, die Einbindung des Parlaments, die Risikoabwägung und die externe Begutachtung von Förderfällen.

Der Bericht ist dem Landtag bis zum 30. September 2026 vorzulegen.

Begründung:

Die geplante Ansiedlung des Unternehmens Northvolt in Heide war eines der größten industriepolitischen Vorhaben in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten und ist trotz erheblicher öffentlicher Förderung gescheitert. Die Entscheidung zur Übernahme einer Landesbürgschaft in dreistelliger Millionenhöhe erfolgte unter großem Zeitdruck, auf Basis begrenzter Informationen und ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle.

Rückblickend hat die Landesregierung selbst eingeräumt, dass insbesondere die Kommunikation mit dem Parlament sowie die schriftliche Darstellung von Chancen und Risiken Defizite aufwies. Zahlreiche Dokumente wurden verspätet, unvollständig oder in geschwärtzter Form übermittelt. Entscheidungsrelevante Unterlagen wie das PwC-Gutachten oder der sogenannte Reliance Letter wurden den Ausschüssen nicht in der gebotenen Klarheit zugänglich gemacht. Auch die Rolle externer Berater blieb unzureichend transparent.

Diese Kritikpunkte wurden nunmehr durch den im Mai 2026 veröffentlichten Sonderbericht des Landesrechnungshofes (LRH) objektiv bestätigt. Der LRH-Bericht verdeutlicht, dass die beanstandeten prozeduralen Mängel keine bloßen subjektiven Einschätzungen der Oppositionsparteien waren, sondern gravierende Versäumnisse der Landesregierung darstellen.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es notwendig, die Förderpraxis des Landes kritisch zu hinterfragen und strukturell aufzuarbeiten. Ein strukturierter schriftlicher „Lessons-Learned“-Bericht soll dazu beitragen, dass sich vergleichbare Versäumnisse nicht wiederholen.

Wer öffentliche Mittel in Milliardenhöhe einsetzt, muss aus Fehlern lernen. Eine ehrliche Analyse ist Voraussetzung für künftige wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit, politische Transparenz und verantwortungsvolle Haushaltsführung.

Sybilla Nitsch
und Fraktion